

WISA

vorwärts für Sachsen-Anhalt

Landeshaushalt 2019: Ein schwieriger Prozess, aber ein sehr **solides Ergebnis**

Von Katja Pähle

Vorweihnachtszeit ist Haushaltszeit – das ist im Bund genauso wie im Land und in den Kommunen. Auch der Landtag von Sachsen-Anhalt hat jetzt alle Vorarbeiten und Verhandlungen zum Landeshaushalt 2019 abgeschlossen und kann den Gesamthaushalt von 11,5 Milliarden Euro in der Woche vor Weihnachten beschließen. Und es ist wie so oft in dieser komplizierten Drei-Parteien-Koalition: Das Ergebnis konnten wir nur in einem zähen und mühsamen Prozess erreichen – aber dafür kann es sich erstaunlich gut sehen lassen. Der Haushalt setzt starke positive Akzente, gerade aus unserer Sicht als SPD.



Im Landtag stellen die Fraktionsvorsitzenden Cornelia Lüdemann (Grüne), Siegfried Borgwardt (CDU) und Katja Pähle (SPD) ihr Verhandlungsergebnis vor.

Uns war von Anfang an ein Ziel besonders wichtig: die Absicherung von **tariflicher Bezahlung** und Tarifierhöhungen. Teilweise war das im Entwurf der Landesregierung bereits umgesetzt, aber nicht durchgängig, sodass wir in diesem Punkt lange nachverhandeln mussten. Ich bin froh, dass wir jetzt einen großen Schritt nach vorn machen, nicht nur punktuell, sondern in ganz verschiedenen Bereichen: in Hochschulen und Kitas, an der Landessportschule, bei freien Trägern und bei den Harzer Schmalspurbahnen. Qualifizierung und Selbständigkeit stärken wir durch die Einführung der neuen Meisterprämie in Höhe von 1.500 Euro für alle, die den Meistertitel erwerben.

Wir erhöhen die **Mittel für die Kommunen** gegenüber dem Regierungsentwurf noch einmal deutlich, in Summe um 40 Millionen Euro. Die Hälfte dieser Summe fließt in eine unbürokratisch nutzbare Investitionspauschale, die andere Hälfte fängt kommunale Belastungen durch Unterhaltungsvorschusszahlungen auf – so dass das Land und die Kommunen sich einen unnötigen Rechtsstreit vor dem Landesverfassungsgericht sparen können.

Wir haben uns als Landtagsfraktion außerdem mit dem Vorschlag durchgesetzt, **Investitionen in die Gesundheitsversorgung** durch Verpflichtungsermächtigungen

abzusichern. Dabei geht es um zwei Vorhaben. Erstens: Wir stellen die Kofinanzierung von Bundesmitteln für Krankenhausinvestitionen aus Landesmitteln mit insgesamt 55 Millionen Euro ab 2020 sicher. Damit sorgen wir dafür, dass unseren Krankenhäusern in der Fläche keine dringend benötigten Investitionsmittel aus Berlin verloren gehen. Und zweitens: Wir verdoppeln die Investitionszuschüsse für beide Universitätsklinika in den Jahren 2020/21 von jeweils fünf Millionen Euro auf zehn Millionen Euro je Klinikum und Jahr.

Und schließlich: Mit dem Haushalt 2019 finanzieren wir auch die deutlich angehobenen Zahlungen des Landes nach dem Kinderförderungsgesetz, im Interesse der **Entlastung von Eltern** mit mehreren Kindern und einer verbesserten Personalausstattung in den Kitas. Dafür wenden wir 2019 zunächst 28 Millionen Euro und künftig jährlich 48 Millionen Euro zusätzlich auf. Die Schulsozialarbeit, die wir im Sommer mit der Änderung des Schulgesetzes endlich dauerhaft verankert haben, wird schon in diesem Haushalt mit Verpflichtungsermächtigungen bis ins Jahr 2021 gesichert.

In der Öffentlichkeit wurden die Haushaltsdiskussionen zuletzt geprägt durch Konflikte zwischen dem grün geführten Umwelt- und Landwirtschaftsministerium und den Agrarpolitikern der CDU. Ich bin froh, dass wir die wichtige Frage der Personalausstattung im Landesforstbetrieb jetzt pragmatisch gelöst haben. Aber der oft ideologisch geführte Streit drohte zu verdecken, wie wir an anderen Stellen im Haushalt zahlreiche Projekte voranbringen, von denen viele Menschen in Sachsen-Anhalt profitieren werden. Die SPD hat deshalb immer auf eine Einigung hin verhandelt, und wir haben dabei eine ganze Menge erreicht. Darauf können wir schon ein Stück stolz sein, und es lohnt sich, diese Botschaft auch zu verbreiten, nicht zuletzt im Vorfeld der Kommunalwahl.

Übrigens: Unser Ziel, die Anliegerbeiträge bei kommunalen Straßenausbaumaßnahmen abzuschaffen, bringen wir weiter tatkräftig voran. Nach den Grünen hat mittlerweile auch die CDU ihren Widerstand aufgegeben. Erste Kommunen haben bereits Investitionsentscheidungen zurückgestellt, weil sie auf eine Weichenstellung im Land warten. Künftig geht es also weniger um das Ob und mehr um das Wie einer Abschaffung der Beiträge. Die SPD-Landtagsfraktion bleibt am Ball und führt am 28. Januar 2019 ihr nächstes Fachgespräch dazu durch. ■



Liebe Genossinnen und Genossen,

vor wenigen Tagen wurde im Bundestag der Haushalt für das Jahr 2019 beschlossen. 39 Milliarden Euro, das sind mehr als zehn Prozent der Gesamtsumme von 356 Milliarden Euro, werden in Investitionen fließen.

Wir investieren an allen Ecken und Enden in die Zukunft unseres Landes – in Kitas, in Schulen, in Straßen und Eisenbahnen, in den Breitbandausbau, in den Umwelt- und Klimaschutz, in den sozialen Wohnungsbau und in die Städtebauförderung sowie in die Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Ein Beispiel dafür ist das Gute-Kita-Gesetz von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey: Mit diesem Gesetz stellen wir sicher, dass (früh-)kindliche Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, sondern die Bildungschancen für alle Kinder gleich sind, egal aus welchem Elternhaus sie stammen. Mit einer vom Bund finanzierten Qualitätsoffensive werden die Länder entlastet und so etwa Möglichkeiten zur Verbesserung des Kinder-Betreuer-Verhältnisses geschaffen. Darüber hinaus werden sozial schwache Elternhäuser komplett von den Kita-Gebühren befreit.

Wir verbessern die soziale Sicherheit – mit einem großen Familienentlastungsgesetz, mit dem wir das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöhen und die kalte Progression ausgleichen. Mit dem Haushalt wird auch der Grundstein für verlässliche Renten und Beiträge bis zum Jahr 2025 gelegt – zur Finanzierung legen wir ab 2019 jährlich zwei Milliarden Euro auf die hohe Kante. Wir legen ein großes Programm für einen sozialen Arbeitsmarkt auf, damit vor allem Langzeitarbeitslose wieder einen Job finden können. Dafür steht knapp eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung.

Und: Wir machen all das ohne neue Schulden.

Die Sozialdemokratie liefert – auch in der Großen Koalition.

Euer

Burkhard Lischka

Reinhard-Höppner-Engagementpreis erstmals verliehen „Dieser Preis ist ein Signal für **Zusammenhalt**“



Preisträger und Preisstifter von links nach rechts: Rainer Krause (Vorsitzender des Heimatvereins Tangerhütte), Till Gaßmann, Burkhard Lischka, Katja Pähle, Gerit Möhrke

REINHARD HÖPPNER ENGAGEMENTPREIS



Die SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt haben am 27. November zum ersten Mal den neu ausgelobten Reinhard-Höppner-Engagementpreis verliehen. Einmal jährlich sollen künftig Menschen, Vereine und



Katja Pähle begrüßte als Juryvorsitzende die Gäste.

„Was Reinhard Höppner in den Augen vieler Menschen ausgezeichnet hat und was er vorgelebt hat, war: der aufrechte Gang. Der aufrechte Gang in der Diktatur. Der aufrechte Gang als Ostdeutscher im wiedervereinigten Deutschland. Der aufrechte Gang als Sozialdemokrat, der acht Jahre lang ein Regierungsmodell erfolgreich geführt hat, von dem viele vorher sagten, es sei unmöglich.“

Ehrenamtliches Engagement hat viel damit zu tun, anderen etwas von der eigenen Kraft zu leihen und auch ihnen einen aufrechten Gang in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.“

Katja Pähle über Reinhard Höppner

Initiativen, die sich um das Gemeinwohl verdient gemacht haben, mit diesem Preis geehrt werden. Eine fünfköpfige Jury unter dem Vorsitz der SPD-Fraktionsvorsitzenden Katja Pähle hatte aus 57 eingereichten Vorschlägen drei Preisträgerinnen und Preisträger ausgewählt. Die feierliche Preisvergabe fand im Landtag aus Anlass des Geburtstags des verstorbenen Ministerpräsidenten a. D. Reinhard Höppner statt, der am 2. Dezember 70 Jahre alt geworden wäre.

„Wir wollen mit dem Reinhard-Höppner-Preis auch ein Signal setzen für das, was unsere Gesellschaft heute besonders dringend braucht: ein Signal für Zusammenhalt“, sagte Katja Pähle in ihrer Begrüßungsrede. „Leute, die spalten und Menschen gegeneinander hetzen, gibt es heute auf der Welt genug. Menschen, die sich im Ehrenamt engagieren, helfen tatkräftig mit, den Laden zusammenzuhalten.“

1. Preis (500 Euro)

Heimatverein Tangerhütte

Jurymitglied Renate Höppner würdigte in ihrer Laudatio das breite Spektrum der

Vereinsaktivitäten mit Heimatmuseum, Kunstausstellungen, Konzerten, Radtouren, Grillfesten und Wanderungen. „All das schafft Heimat – keine Frage –, aber den ersten Preis bekommen Sie alle besonders dafür, dass sie dies verbinden mit dem Bekenntnis: ‚Wir teilen unsere Heimat mit denen, die sie verloren haben durch den Krieg oder den Klimawandel; die Heimat gehört uns allen.‘ Neutangerhütter gehören dazu, weil ihr euch kümmert um die Geflüchteten. Ihr bekommt zusammen, was zusammengehört: Heimat haben und Heimat geben, Heimat wertschätzen und Heimat gestalten.“

2. Preis (300 Euro)

Till Gaßmann, Halle

„Mit 22 Jahren hat er bereits in verschiedenen Ehrenämtern so viel geleistet, wie es mancher in seinem ganzen Leben nicht schafft“, sagte Jurymitglied Burkhard Lischka, der Landesvorsitzende der SPD. „Er machte mit im Arbeitskreis ‚Refugees Welcome‘ und kümmerte sich auch in seiner Freizeit um Geflüchtete. Quasi zeitgleich kam Till zu ‚Rock your life‘. Der Verein, der

ebenfalls auf der Liste der Nominierten des diesjährigen Reinhard-Höppner-Preises stand, will das Wort Bildungsgerechtigkeit mit Leben füllen: Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen oder sozial schwachen Familien werden von Studierenden als Mentorinnen und Mentoren betreut. Jetzt die neue Initiative ‚Politik lieben lernen!‘ Till Gaßmann ist ein Mutmacher, ein Beispiel für selbstloses Ehrenamt.“

3. Preis (200 Euro)

Gerit Möhrke, Trebitz bei Bad Schmiedeberg

„Im Landkreis Wittenberg genießt sie hohes Ansehen, denn sie hat zahlreiche Menschen – es sind Hunderte – beim Sterben begleitet“, sagte Jurymitglied Rüdiger Fikentscher, ehemaliger Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD. „Diese Tätigkeit ist wichtig und keineswegs einfach. Menschen in den Tod zu begleiten, ist sehr schwer und erfordert viel mentale Kraft. Und gerade weil die Öffentlichkeit davon wenig wahrnimmt, wurde Gerit Möhrke von uns ein Preis zuerkannt.“

Alles über die Preisverleihung auf www.hoepfnerpreis.de



„Sie haben uns sprachlos gemacht“

Aus der Rede von Renate Höppner



Renate Höppner sprach in ihrer beeindruckenden Rede übers Ehrenamt – und was es für ihren Mann Reinhard bedeutete.

Über die Nominierten:

Sie haben uns sprachlos gemacht. Sie haben uns begeistert. Sie haben uns Hoffnung gemacht.

Alle Felder des gesellschaftlichen Lebens in unserem Land waren vertreten in den vielen Vorschlägen, die uns erreichten. Ehrenamtliches Engagement in der Begleitung von

Kindern und Jugendlichen, kranken, alten und sterbenden Menschen, im Tierschutz, in Sportvereinen, im Natur- und Umweltschutz, in Umsonstläden und Hilfsorganisationen, in Kirchen, bei der Diakonie und Caritas, im THW und DRK, bei den Johannitern, Maltesern oder der freiwilligen Feuerwehr, beim Katastrophenschutz oder der Freiwilligenagentur, bei den Grünen Damen, in den

Gemeindevorständen, Gemeindekirchenräten oder Kirchenvorständen, in der Hilfe bei Hilfsorganisationen international, im Engagement für eine gute Erinnerungskultur und ein zukunftsorientiertes Geschichtsbewusstsein, bei Pro Familia, der Zukunft verpflichtet in der Kulturpflege alter Industriebauten, in der Wissensvermittlung und Lernbegleitung, im Einsatz für Menschen, die flüchten mussten aus ihrer Heimat und bei uns Schutz fanden, im Einsatz für Barrierefreiheit in den Köpfen und in unseren Städten und Gemeinden, im Einsatz für den Erhalt von Gebäuden, Kinos und Schwimmbädern, in der Pflege von Landschaft und Parkanlagen, für so lebendige Traditionen wie Karnevalsvereine, im Einsatz im Bürgercafé und im Hospiz, im Einsatz für Integration und Nachwuchsförderung.

Und Sie tun dies in Blankenburg und Langenweddingen, in Siebenbürgen und Zeitz, in Wittenberg und dem Salzlandkreis, in Saale-Wipper und Förderstedt, in Bernburg und Frose, in Schönebeck und Naumburg, in Tangerhütte und Wanzleben, in Hohenmölsen und Stendal, in Glauzig und Bebitz, in Gommern und Aschersleben, in Könnern und Halberstadt, in Halle und Magdeburg.

Wir sind sehr dankbar für dieses breite Spektrum Ihres Engagements. Um wie viel ärmer wäre unsere Gesellschaft ohne Sie und das, was Sie so unermüdlich für andere tun.

Über Reinhard Höppner:

Mein Mann hat in den 18 Jahren, die er im Akademieverlag bis 1990 gearbeitet hat, viel Zeit und Kraft ehrenamtlich unserer Kirche geschenkt. Reinhard hat noch als Ministerpräsident die Kirche in Magdeburg-Nordwest geheizt, bis die Heizung 1995 endlich auf Gas umgestellt werden konnte. Das hieß im Winter um 4.30 Uhr aufstehen. ■

Impressum

ViSdP: Friederike Rösler
 Redaktion: Martin Krems-Möbbeck
 Gestaltung: Jörn Rößler
 Beiträge an:
 pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
 Anschrift:
 SPD Sachsen-Anhalt
 Redaktion WISA/Vorwärts
 Bürgerstraße 1, 391054 Magdeburg
 Foto Lischka S. 1: Nilz Böhme

Regionale Mitgliederversammlungen

Reihe „Quo vadis, SPD?“ wird in Blankenburg abgeschlossen



Vor der Diskussion: „Quo vadis, SPD?“



„Quo vadis“ in Magdeburg



„Quo vadis“ in Halle

Die SPD in Sachsen-Anhalt schließt ihre Reihe regionaler Mitgliederversammlungen kurz vor Weihnachten im Harz ab. Am Donnerstag, dem 20. Dezember 2018, um 18.00 Uhr sind alle interessierten Mitglieder in die Gaststätte „Zum alten Schützenhaus“ in der Friedensstraße 3 in Blankenburg eingeladen, um im offenen Austausch über die Lage der SPD zu diskutieren. Zu der Veranstaltungsreihe unter der Überschrift „Quo vadis, SPD?“ hatte Landesvorsitzender Burkhard Lischka nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen eingeladen, die bei vielen Mitgliedern große Sorgen über die Mehrheitsfähigkeit und die Zukunft der SPD ausgelöst hatten. Ziel ist es, dass auch die Mitglieder in den Regionen unseres Landes an den De-

batten der Hundes- und Landespartei Anteil haben. Den Auftakt machte am 9. November Magdeburg mit einem inhaltlichen Input von Burkhard Lischka und von Katja Pähle, die aus der Klausur des Parteivorstands berichtete. Rund 45 Mitglieder waren ins Familienhaus gekommen – und damit genau so viele wie fünf Tage später im tiefsten ländlichen Raum, in Osterfeld im Burgenlandkreis. Weitere Mitgliederversammlungen gab es im altmärkischen Bismark, in Halle und in Dessau, wo das Treffen ausnahmsweise nicht am Abend, sondern an einem Samstagnachmittag im Anschluss an die Sitzung des Landespartei rats stattfand. Durch alle Treffen zog sich der Bedarf, insbesondere über Inhalte zu diskutieren. Die Frage der Zukunfts-

fähigkeit der SPD macht sich für die Genossinnen und Genossen, die sich in die Debatten einschalteten, ganz überwiegend an den Themen fest, mit denen wir den Menschen gegenüber treten sollten. Diese Themen sind dabei allerdings so vielfältig wie die Mitgliedschaft. Grundsicherung oder Grundeinkommen, Hartz IV reformieren oder abschaffen: Dazu gab es kontroverse Positionen, ebenso wie zu Klimaschutz, Russland und vielem mehr. Natürlich wurde auch häufig zurückgeblickt auf die Entscheidung über die GroKo und über personelle Fragen diskutiert.

Jetzt heißt es also: Last exit Blankenburg – die nächste Chance, sich einzubringen!

„Das fehlt uns noch“

Werkstattrat übergibt Forderungspapier zum Bundesteilhabegesetz



Foto: Peter Marx

Am Rande der Werkstattträtekonzferenz der SPD-Landtagsfraktion am 29. Oktober 2018 im Magdeburger Landtag übergab der Werkstattrat des Bodelschwingh-Hauses Wolmirstedt Forderungen des Beirats für Menschen mit Behinderungen im Bundesverband evangelische Behindertenhilfe (BeB) zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) an die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD in Sachsen-Anhalt. Diese Forderungen waren auf dem Rheinsberger Kongress des BeB im Februar 2018 aufgestellt worden. In dem Papier sind sieben Kernpunkte formuliert, die im BTHG noch verbessert werden müssen. Der BeB-Beirat hat sich vorgenommen, die Umsetzung des Gesetzes weiter kritisch zu begleiten.

Die Landesvorsitzende der AG Selbst Aktiv, Katrin Gensecke, begrüßte diese Forderungen ausdrücklich und bedankte sich für das Papier, welches sie gern an die verantwortlichen Gremien weiterleiten wird. Sie bekräftigte hierbei vor allem die Forderung, unabhängig von der Form der Behinderung

„Rechtspolitik in der Kenia-Koalition – eine Halbzeitbilanz“

Der Vorsitzende des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung des Landtages von Sachsen-Anhalt, Detlef Gürth (CDU), die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Silke Schindler, sowie die Ministerin für Justiz und Gleichstellung, Anne-Marie Keding (CDU), haben sich am 6. November 2018 die Zeit für eine gemeinsame Betrachtung der ersten Hälfte und einen Ausblick auf die zweite Hälfte der Wahlperiode in der Arbeit der Regierung und der Regierungsfaktionen in Sachsen-Anhalt genommen. Die ebenfalls angefragte rechtspolitische Vertretung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen konnte aus Termingründen an dieser Diskussion nicht teilnehmen.

Organisiert wurde die Veranstaltung von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ) und dem Landesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristinnen und Juristen Sachsen-Anhalt (LACDJ). Neben den Arbeitskreismitgliedern und Parteimitgliedern von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen nahmen Vertreter der Interessenverbände der im Justizbereich tätigen Personen wie Anwälte, Richterschaft, Rechtspfleger, Ge-

eine selbstbestimmte Wohnform wählen zu können. Erklärtes Ziel sei es, Menschen mit Behinderungen gesellschaftliche Teilhabe auf allen Ebenen zu ermöglichen: „Das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung darf zukünftig nicht ins Leere laufen!“

Besonders lobte Katrin Gensecke den regen Diskussionsprozess der Werkstattträte im Rahmen der inzwischen schon zur

richtsvollzieher, Justizvollzug, Anwaltschaft bis zur Straffälligen- und Bewährungshilfe an dem Diskussionsabend teil. Für Gesprächsstoff von Seiten der über 40 Gäste war also an diesem Abend gesorgt. Nachdem die beiden Landtagsabgeordneten aus ihrer Sicht jeweils die für sie wichtigsten rechtspolitischen Themen dargestellt hatten, nahm Ministerin Keding die Gelegenheit wahr, ihre Halbzeitbilanz vorzunehmen. Der ganze Reigen des Koalitionsvertrages wurde im Podium angesprochen, aber auch die Konsequenzen aus den ersten Umsetzungen. Die sich daraus ergebende Diskussion, einschließlich der Frage nach der Gewinnung von geeignetem Personal für den gesamten Justizbereich, angefangen von Richtern und Staatsanwälten über den Justizvollzug bis zu den Gerichtsvollziehern, wurde sehr konstruktiv und für alle Seiten gewinnbringend geführt.

Das Problem des schnellen Generationswechsels in den nächsten zehn Jahren ist in allen Berufsgruppen sehr präsent. Deutlich wurde dabei auch die wechselseitige Verknüpfung der jeweiligen Berufsgruppen miteinander. Deutlich stellten sich die

Ministerin und die Landtagsabgeordneten hinter die begonnene Justizvollzugsreform mit der Reduzierung auf drei Vollzugsstandorte in Burg, Halle und Raßnitz, die weiter konsequent umgesetzt wird. Eine weitere Diskussion zur Änderung von Justizstandorten ist derzeit nicht vorgesehen und wird auch nicht diskutiert.

Die zweistündige angeregte Diskussion verging wie im Flug. Die Vorsitzenden des LACDJ, Anne Poggemann, und der AsJ, Michael Sylvester, versprachen, bei Bedarf und Gelegenheit gern solche Diskussionsrunden erneut einzuladen.

Mitgliederversammlungen von zwei Arbeitsgemeinschaften

In zwei Arbeitsgemeinschaften des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt stehen Mitgliederversammlungen bevor. Auf beiden Versammlungen steht die Neuwahl des Vorstands auf der Tagesordnung.

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) / Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl

Mittwoch, 19. Dezember 2018, 19.00 Uhr / Ernst-Reuter-Haus, Bürgelstraße 1, Magdeburg

Arbeitsgemeinschaft SPDqueer – für Akzeptanz und Gleichstellung / Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl

Freitag, 18. Januar 2019, 18.30 Uhr Ernst-Reuter-Haus, Bürgelstraße 1, Magdeburg

Tradition gewordenen jährlichen Konferenzen der SPD-Landtagsfraktion. „In jedem Jahr kommen mehr Interessierte in den Landtag und fordern ihre Rechte für Mitbestimmung in den Werkstätten ein. Es war beeindruckend, mit welcher Offenheit die Werkstattträte ihre Sorgen und Probleme gegenüber der Politik kommunizierten“, so die Landesvorsitzende von Selbst Aktiv.